
Der Wettbewerb zwischen Parteien der Extremen Rechten und der linken Mitte

Kai Arzheimer

1 Einleitung und Fragestellung

Seit den frühen 1980er Jahren gehören Parteien, die der „Extremen“, „Radikalen“, „Populistischen“ oder „Neuen Rechten“ zugerechnet werden, zur Realität westeuropäischer Parteiensysteme. Manche dieser Parteien waren nur kurzzeitig erfolgreich wie etwa die Ny Demokrati in Schweden, die 1991 entstand und unmittelbar darauf in den Reichstag einzog, aber ab Mitte der 1990er Jahre keine politischen Erfolge mehr erzielen konnte (Rydgren 2010; Taggart 1996). Andere, wie etwa der Front National in Frankreich (Bréchon und Mitra 1992; Hainsworth 2000) oder die Fremskrittspartiet (Fortschrittspartei) in Norwegen (Bjørklund und Andersen 2002), wurden bereits in den 1970er Jahren gegründet und erfreuen sich einer relativ kontinuierlichen Unterstützung durch ihre Wähler (Arzheimer 2008).

Auch im ideologischen Profil der Rechtsparteien zeigen sich klar erkennbare Unterschiede. Für Parteien wie die NPD oder die italienische Fiamma Tricolore (Ignazi 2003) sind Nationalsozialismus und Faschismus immer noch wichtige Bezugspunkte. In ähnlicher Weise ist es auch der britischen BNP nicht gelungen, sich überzeugend von ihrer rassistischen Ideologie zu lösen (Goodwin 2012). Andere Parteien haben im Anschluss an intellektuelle Versatzstücke, die von der Nouvelle Droite in Frankreich entwickelt wurden (Rydgren 2005), diese Form des Biologismus zumindest offiziell hinter sich gelassen und propagieren stattdessen eine Politik der strikten Trennung von formal gleichwertigen, aber angeblich inkompatiblen Kulturen. Diese Abwendung vom klassischen Rechtsextremismus kann so weit gehen, dass Parteien wie die Lijst Pim Fortuyn in den Niederlanden (Bélanger

K. Arzheimer (✉)
Universität Mainz, Mainz, Deutschland
E-Mail: arzheimer@politik.uni-mainz.de

und Aarts 2006) oder die bereits erwähnte Fremdschrittpartiet in einzelnen Teilbereichen wie etwa Fragen der sexuellen Selbstbestimmung Positionen vertreten, die als liberal betrachtet werden müssen.

Dennoch hat es sich in der Forschung als sinnvoll erwiesen, diese auf den ersten Blick sehr heterogenen Gruppierungen als Mitglieder einer einzigen Parteienfamilie zu betrachten, über deren Benennung lange gestritten wurde (Mudde 1996, 2007). Wichtigstes Kriterium ist dabei neben dem häufig problematischen Verhältnis dieser Parteien zur liberalen Demokratie und den etablierten Parteien ihre thematische Fixierung auf das Politikfeld der Immigration von Nicht-Europäern (Arzheimer 2008). Zur Bezeichnung dieser Familie verwende ich hier wie in früheren Arbeiten den Begriff der „Extremen Rechten“.

Die Etablierung dieser neuen Parteienfamilie seit den 1980er Jahren stellt die westeuropäischen Demokratien vor eine Vielzahl von Herausforderungen. Neben Fragen nach der Legitimität der Forderungen, die von der Extremen Rechten erhoben werden, ist dabei offensichtlich der Aspekt der Konkurrenz um Stimmen von zentraler Bedeutung. Aus einer klassischen Rational Choice-Perspektive (Downs 1957) sollte dies zunächst die Parteien der gemäßigten Rechten betreffen. Aggregatanalysen scheinen dies zu bestätigen: Obwohl die Unterstützung für rechte Parteien in Westeuropa seit dem Zweiten Weltkrieg im Wesentlichen *insgesamt* recht stabil geblieben ist, haben christdemokratische Parteien an Wählern verloren, während Parteien der Extremen Rechten in vergleichbarem Umfang hinzugewinnen konnten (Gallagher et al. 2011, S. 301).

Tatsächlich gibt es aber gute Gründe zu vermuten, dass die Extreme Rechte auch und gerade den sozialistischen und sozialdemokratischen¹ Parteien Europas zusehends Konkurrenz machen könnte. Bereits Mitte der 1990er Jahre argumentierte Herbert Kitschelt (1994, 1995), dass durch soziale und ökonomische Modernisierungsprozesse ein neuer Konflikt zwischen links-libertären bzw. „grünen“ Parteien auf der einen und den neuen Rechtsparteien auf der anderen Seite entstanden sei, der sozialdemokratische Parteien in doppelter Hinsicht in Bedrängnis bringe: Während ihre hochqualifizierten Anhänger im öffentlichen Sektor sich den Grünen zuwendeten, liefen sie gleichzeitig Gefahr, Teile der (schrumpfenden) Gruppe der Arbeiter an die Extreme Rechte zu verlieren.²

¹ Hier und im Folgenden orientiere ich mich an der vom CMP vorgeschlagenen Klassifikation der Parteien. Aus Gründen der sprachlichen Variation verwende ich die Begriffe „sozialistisch/sozialdemokratisch“ und „Mitte-Links“ als austauschbar.

² Kitschelt (1994, 1995) geht von einem zweidimensionalen Raum aus, weist aber selbst darauf hin, dass die von ihm als „autoritär vs. libertär“ bezeichnete Dimension heterogen sei und in weitere Unterdimensionen aufgespalten werden könnte. Diese Mehrdimensionalität wird in der neueren Literatur (z. B. Roßteutscher und Scherer (2013) für Deutschland und de Lange (2007) für Westeuropa) verstärkt thematisiert, wobei jedoch keine Einigkeit darüber

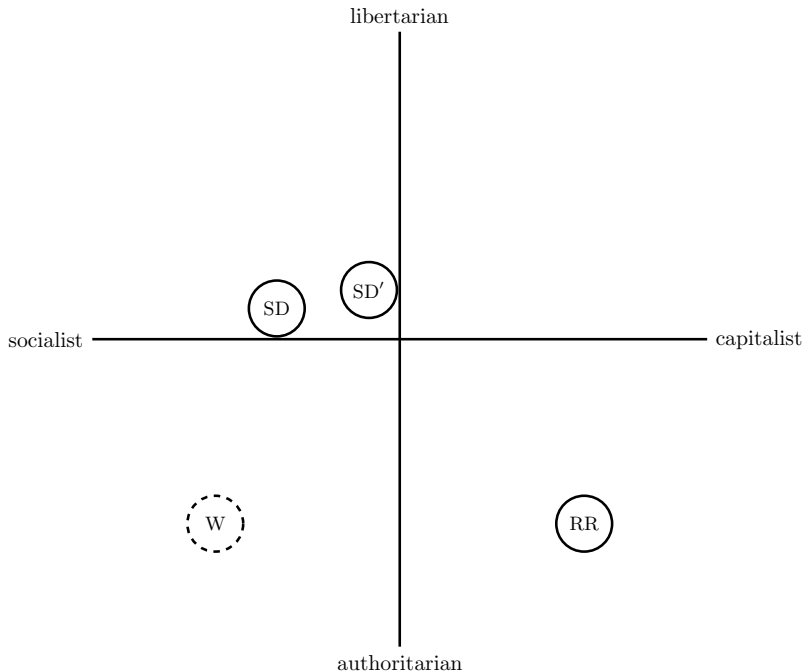


Abb. 1 Eine Aktualisierung von Kitschelts (1995) Modell der Parteienkonkurrenz in Westeuropa. *W* traditionelle „wohlfahrtschauvinistische“ Position der Extremen Rechten, *RR* „radical right“ Position (markoliberal-autoritär), *SD* traditionelle sozialdemokratische Position, *SD'* moderne sozialdemokratische Position. (Quelle: eigene Darstellung)

Kitschelts ursprüngliche Begründung für diesen Prozess – unter dem Eindruck der Globalisierung wünschten sich Teile der Arbeiterschaft eine Verbindung von autoritären Gesellschaftsentwürfen mit markoliberaler Sozial- und Wirtschaftspolitik, die von Parteien wie der FPÖ und dem Front National angeboten werde (vgl. den Punkt „RR“ in Abb. 1) – hat sich empirisch als nicht haltbar erwiesen: Erstens gibt es keine solche Nachfrage (Arzheimer 2009b), zweitens hat die Extreme Rechte ihre markliberale Rhetorik vor diesem Hintergrund sehr stark zurückgefahren und propagiert nun häufiger protektionistische Lösungsvorschläge (siehe

besteht, wie viele Dimensionen berücksichtigt werden sollten und wie diese voneinander abzugrenzen sind. In europäisch-vergleichender Perspektive ist das Modell einer zweidimensionalen Parteienkonkurrenz deshalb weiterhin eine nützliche Vereinfachung, das wesentliche Element der empirischen Konfliktstrukturen erfasst (Warwick 2002).

beispielsweise für FPÖ und Lega Nord Betz 2002). Damit bewegt sie sich in der Nähe der von Kitschelt als „wohlfahrtsschauvinistisch“ bezeichneten und als wenig aussichtsreich betrachteten Position (vgl. Punkt „W“ in Abb. 1). Da aber die sozialdemokratischen Parteien unter dem Eindruck ökonomischer Zwänge ihrerseits ihre Position von „SD“ zu „SD“, d. h. hin auf einen Rückbau des Wohlfahrtsstaates verschoben haben (Keman 2011), und die Arbeiter ihre Präferenzen nicht verändert haben, scheint sich im Ergebnis Kitschelts Diagnose dennoch zu bestätigen.

Die Literatur spricht deshalb auch von einer „Proletarisierung“ der Extremen Rechten (Ignazi 2003, S. 216): Während diese nach dem Zweiten Weltkrieg primär vom Kleinbürgertum unterstützt wurde, scheint sich der elektorale Erfolg seit den 1980er Jahren vor allem auf den Zustrom von Arbeitern zu gründen (Beirich und Woods 2000; Oesch 2008). Ziel dieses Beitrages ist es zu klären, ob von einer solchen „Proletarisierung“ tatsächlich die Rede sein kann und wie sich der skizzierte Wettbewerb zwischen der Extremen Rechten und der gemäßigten Linken tatsächlich darstellt.

2 Daten und Modelle

Die Analysen in diesem Kapitel behandeln die Staaten der EU-15 plus Norwegen. Die verwendeten Umfragedaten stammen aus der von Schmitt et al. (2009a, b) erstellten partiellen Kumulation der Eurobarometer. Grundsätzlich wäre es wünschenswert, auch aktuellere Entwicklungen mit einzubeziehen. Wegen der teils sehr heterogenen Codierung der Variablen in den individuellen Eurobarometerdatensätzen ist dies jedoch mit vertretbarem Aufwand nicht möglich.

Für die Analyse ergibt sich daraus jedoch kein allzu großes Problem: Die Kumulation deckt einen Zeitraum von annähernd 25 Jahren ab, der die ganze Spanne von den ersten Erfolgen der (damals) neuen Rechtsparteien in den frühen 1980er Jahren bis zum Beginn des neuen Jahrtausends, als in einigen Ländern (z. B. Dänemark, Italien, Norwegen und – mit gewissen Einschränkungen – Frankreich³) eine Konsolidierung erreicht war, umfasst.

Allerdings sind nicht alle Länder gleichmäßig vertreten. Daten für Österreich, Schweden und Finnland stehen erst ab dem Beitritt dieser Länder Mitte der 1990er Jahre zur Verfügung. Norwegen wurde bereits im Vorfeld des geplanten Beitritts in das Eurobarometer aufgenommen, schied aber Ende der 1990er Jahre aus, nachdem

³ Im Vorfeld der Europawahl 1999 spaltete sich der MNR vom bis dahin sehr erfolgreichen FN ab (Ivaldi 2003). Beide Parteien lagen zunächst etwa gleich auf; in den folgenden Jahren verlor der MNR aber immer mehr an Zuspruch, während sich der FN inzwischen von den Folgen der Spaltung erholt hat.

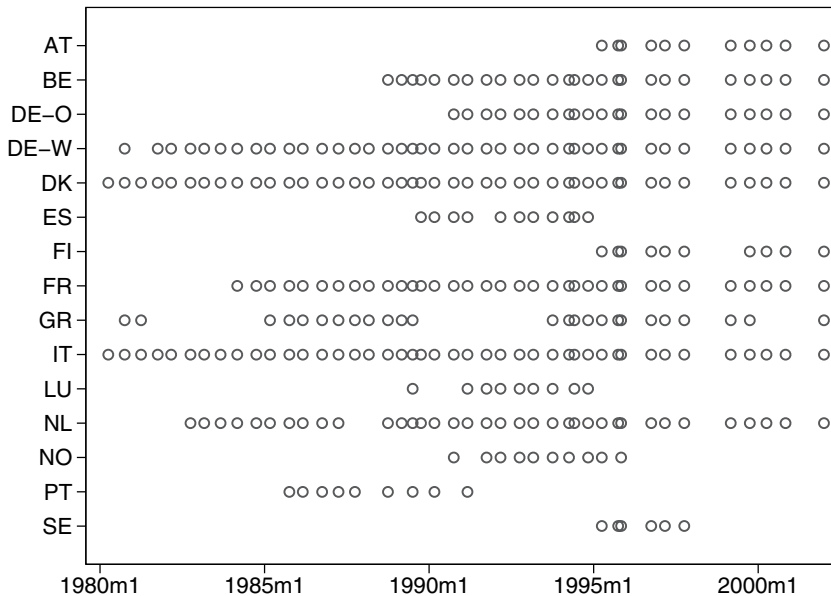


Abb. 2 Raum-zeitliche Verteilung der Eurobarometer-Umfragen. Kumulierte Eurobarometer, 1980–2002/3, EU-15+Norwegen

1994 ein Referendum über die Mitgliedschaft gescheitert war. Die daraus resultierende Über- bzw. Unterrepräsentation einzelner Länder wird durch die weiter unten im Text angesprochene Aufnahme von fixed effects in das Modell aufgefangen. Großbritannien und Irland hingegen müssen gänzlich unberücksichtigt bleiben, da es dort keine mit dem Eurobarometer messbare Unterstützung für die Extreme Rechte gibt. Insgesamt gehen 336 einzelne Umfragen mit zusammen mehr als einer Viertelmillion Befragten in die Analyse ein. Abbildung 2 zeigt, welche Länder zu welchen Zeitpunkten mit den Eurobarometer-Daten erfasst werden können.

Die im Eurobarometer vorhandenen Informationen zur (Berufs-)Klasse beziehen sich ausschließlich auf den momentan ausgeübten Beruf. Für die Analyse wurden die Befragten auf dieser Grundlage als Arbeiter („Arbeiter“), Mitglieder des „Kleinbürgertums“ („Petty Bourgeoisie“), Angehörige anderer Berufsgruppen („andere“), Arbeitslose („arbeitslos“) oder Rentner/Pensionäre („Rentner“) kodiert.⁴ Dabei wird die Zugehörigkeit zu den „anderen“ Berufsgruppen als Re-

⁴ Zum Kleinbürgertum bzw. zur Petty Bourgeoisie werden hier selbständige Landwirte und Fischer, Ladenbesitzer und sonstige Gewerbetreibende gerechnet. Nicht einbezogen werden Selbständige, die akademische Berufe ausüben (Architekten, Ärzte, Rechtsanwälte). Sinn-

ferenzkategorie betrachtet. Das Kleinbürgertum war für die Extreme Rechte der Nachkriegszeit von großer Bedeutung. Rentner und Arbeitslose werden gesondert betrachtet, weil sie in der Vergangenheit eine überdurchschnittliche Affinität zur Extremen Rechten gezeigt haben und deshalb nicht der Referenzkategorie zugeordnet werden sollten.

Um die Wirkung von Kontexteffekten abschätzen zu können, die in der Literatur diskutiert werden, wurden die Umfragedaten durch verschiedene Makro-Variablen ergänzt: Harmonisierte Arbeitslosenquoten sowie standardisierte Informationen zu Leistungen bei Arbeitslosigkeit wurden aus von der OECD zusammengestellten Daten übernommen (OECD 2002, 2003, 2004). Für Luxemburg wurden diese Informationen von der OECD nicht zur Verfügung gestellt, so dass das Land aus der Analyse ausgeschlossen werden muss, obwohl Umfragedaten vorhanden sind. Informationen zur Anzahl neuer Asylanträge⁵ stammen teils ebenfalls von der OECD (1992), teils vom Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR 2002). Um das politische Umfeld abzubilden, in dem die Extreme Rechte operiert, wurde auf die Inhaltsanalysen von Parteiprogrammen durch das Comparative Manifesto Project (CMP) zurückgegriffen. Informationen zu vier der vom CMP kodierten Politikfelder, die für die Extreme Rechte von besonderer Bedeutung sind – „Internationalismus“, „Multikulturalismus“, „Nationaler Lebensstil“ und „Recht und Ordnung“ – wurden zu einem Index zusammengefasst (zu den Details der Skaleneildung siehe Arzheimer und Carter 2006). Mit Hilfe dieser Skala wurden fünf Informationen erhoben: Die Position der Sozialdemokraten bezüglich dieser Themen, die Salienz dieser Themen für die Sozialdemokraten, die „rechtste“ Position einer anderen etablierten Partei bezüglich dieser Themen, die Salienz dieser Themen für alle anderen etablierten Parteien sowie die Varianz der Positionen aller anderen etablierten Parteien.⁶

vollerweise sollten auch die Besitzer größerer Firmen nicht zum Kleinbürgertum gerechnet werden. Eine solche Abgrenzung ist auf Basis der Eurobarometers leider nicht möglich. Da diese Gruppe jedoch recht klein ist, sollten sich die Verzerrungen in sehr engen Grenzen halten.

⁵ Alle europäischen Länder handhaben die Zuwanderung von Nicht-Europäern sehr restriktiv, so dass das Asylrecht für diese Personengruppe praktisch die einzige Möglichkeit darstellt, nach Europa zu gelangen. In der Forschungspraxis hat sich deshalb die (auf die vorhandene Bevölkerung bezogene) Zahl der Neuanträge auf Asyl als Proxy für die Bruttomigrationsquote durchgesetzt.

⁶ Bei der Konstruktion der letzten beiden Maße wurden Position bzw. Salienz mit dem jeweiligen Stimmenanteil der Parteien gewichtet. Für Wahlen, bei denen mehr als eine relevante Mitte-Links-Partei angetreten ist, wurden Salienz und Position der Sozialdemokraten ebenfalls als gewichtetes Mittel berechnet (siehe Abschn. 3.2).

Die in den folgenden Abschnitten vorgestellten Ergebnisse wurden auf Grundlage binär-logistischer Mehr-Ebenen-Modelle geschätzt. Dabei werden die Befragten als erste, die 336 Umfragekontexte als zweite Ebene betrachtet. Obwohl die Modelle einige Kontextvariablen beinhalten, ist von der Existenz stabiler unit-Effekte auszugehen. Diese werden im Modell durch entsprechende Länderdummies repräsentiert. Ost- und Westdeutschland werden ab 1990 als separate politische Systeme behandelt, da sich Lebensbedingungen, politische Sozialisation und Wahlverhalten in beiden Landesteilen nach wie vor deutlich unterscheiden. Die Schätzung selbst wurde mit der Prozedur `xtlogit` in Stata 11.2 vorgenommen.

3 Ergebnisse

Die These einer „Proletarisierung“ der Extremen Rechten wird in der Literatur seit einigen Jahren prominent vertreten (Ignazi 2003). Dabei ist allerdings nicht ganz klar, was genau unter diesem Begriff zu verstehen ist. Eine „Proletarisierung“ im engeren Sinne würde nicht nur eine zunehmende Neigung der Arbeiter zur Extremen Rechten, sondern auch eine zumindest relative Dominanz dieser Gruppe innerhalb der Wählerschaft der Extremen Rechten voraussetzen.⁷ Dies ist schon deshalb unwahrscheinlich, weil der Anteil der (beruflich aktiven) Arbeiter an der Gesamtbevölkerung in allen Ländern seit Jahrzehnten sinkt.⁸

Im Kontext dieses Kapitels geht es deshalb zunächst um die Frage, wie sich die *Affinität* von Kleinbürgertum und Arbeiterschaft zur Extremen Rechten über die Zeit verändert hat. Im Anschluss daran wird im zweiten Teil des Kapitels die Entscheidung der Arbeiter zwischen den Alternativen „links“ bzw. „extrem rechts“ näher untersucht.

3.1 Eine Proletarisierung des Elektorates der Extremen Rechten?

Die linke Spalte von Tab. 1 zeigt die Schätzungen für ein einfaches statisches Modell der Berufsgruppenzugehörigkeit auf die Wahl der Extremen Rechten in Westeuropa. Sehr deutlich ist hier zu erkennen, dass Arbeiter, Angehörige des Kleinbür-

⁷ Ich danke Franz-Urban Pappi für diesen Hinweis.

⁸ Der Anteil der beruflich aktiven Arbeiter an den Rechtswählern in der Stichprobe liegt über alle Länder und Zeitpunkte hinweg bei 19%. 40% der Rechtswähler (und 44% der übrigen Befragten) gehören der Referenzgruppe der Angestellten, Schüler, Studenten und sonstigen Freiberufler an.

Tab. 1 Berufsklasse und Wahl der Extremen Rechten, 1980–2002/03

Variable	Modell 1	Modell 2
Arbeiter	0,483*** (0,0277)	0,441*** (0,0307)
Kleinbürgertum	0,438*** (0,0347)	0,478*** (0,0363)
Rentner	0,0546 (0,0282)	0,0563 (0,0318)
Arbeitslos	0,555*** (0,0410)	0,552*** (0,0455)
Zeit		0,00593*** (0,000666)
Arbeiter* Zeit		0,00176*** (0,000433)
Kleinbürgertum* Zeit		–0,00207*** (0,000512)
Rentner* Zeit		–0,0000549 (0,000442)
Arbeitslos* Zeit		0,000120 (0,000665)
Befragte	254726	254726
σ	0,720	0,621
ρ	0,136	0,105
Kontexte	336	336

Datenbasis: Kumulierte Eurobarometer 1980–2002/3, EU-15+Norwegen. Einträge sind unstandardisierte Koeffizienten aus einem binär-logistischen Mehrebenenmodell. Abhängige Variable: Wahl der Extremen Rechten vs. Andere Wahlentscheidungen. Fixe Ländereffekte nicht ausgewiesen

ML-Standardfehler in Klammern

* $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$

gertums (Landwirte und kleinere Selbständige) sowie Arbeitslose mit deutlich größerer Wahrscheinlichkeit die Extreme Rechte unterstützen als Angehörige anderer Berufsgruppen. Wie genau sich die Logit-Koeffizienten in Prozentsatzdifferenzen umsetzen, hängt vom Ausgangsniveau und damit von den hier nicht ausgewiesenen Ländereffekten ab. Die Größenordnung bewegt sich aber im Bereich eines Unterschiedes von ca. 50 %. In Österreich etwa liegt der geschätzte Stimmenanteil der FPÖ in der Referenzgruppe bei ca. 15 %, während für die Arbeiter ein Anteil von rund 22 % erwartet wird. Rentner hingegen unterscheiden sich nicht signifikant von der Referenzgruppe.

In einem zweiten Schritt wird das Modell dynamisiert, indem zusätzlich die Zeit sowie Interaktionen der Zeit mit den Indikatoren für die Berufsgruppenzuge-

hörigkeit aufgenommen werden (rechte Spalte). Aus den Ergebnissen lässt sich zunächst ablesen, dass die Bereitschaft zur Wahl der Extremen Rechten über die Zeit langsam zunimmt. Dies geht *nicht* auf die in den 1990er Jahren erfolgte Aufnahme von Ländern mit starken Rechtsparteien (Österreich, Norwegen) in der Stichprobe zurück, da dieser Effekt durch die Länderdummies aufgefangen wird. Zudem steigt die Wahrscheinlichkeit der Rechtswahl für Arbeiter im Laufe der Zeit an, während sie für Angehörige des Kleinbürgertums in vergleichbarem Umfang sinkt. Die Effekte für die Gruppen der Rentner und Arbeitslosen hingegen bleiben im Wesentlichen stabil.

Die Veränderung der Effektstärken für Arbeiter und Kleinbürgertum mögen auf den ersten Blick geringfügig erscheinen. Dieser Eindruck ist allerdings irreführend, da die Zeitvariable aufgrund ihrer Skalierung in Monaten eine sehr große Spannweite hat. So liegt der geschätzte Logit der Rechtswahl für die Arbeiter im Januar 1980 bei $0,441 - (12 \times 11 + 2) \times 0,00176 = 0,205$. Für den Dezember 2002 hingegen errechnet sich ein Wert von $0,441 + (12 \times 11 + 9) \times 0,00176 = 0,689$.⁹

Auf der logistischen Skala hat sich (wenn die Modellschätzungen korrekt sind) somit der Effekt der Zugehörigkeit zur Gruppe der Arbeiter mehr als verdreifacht, während sich der Effekt der Zugehörigkeit zum Kleinbürgertum in vergleichbarer Weise abgeschwächt hat. Die konkreten politischen Implikationen dieser Veränderungen hängen wiederum vom länderspezifischen Ausgangsniveau der Rechtswahl ab. Auch dies lässt sich am einfachsten mit einem Beispiel illustrieren. Für Dänemark im Jahr 1980 schätzt das Modell in der Arbeiterschaft einen Stimmenanteil von zwei Prozent für die Extreme Rechte; der Vergleichswert für das Kleinbürgertum liegt bei drei Prozent. 2002 ist dieser Wert für das Kleinbürgertum auf acht Prozent gestiegen, während für die Arbeiterschaft nun ein Anteil von 13% geschätzt wird.

Die Neigung zur Wahl der Extremen Rechten steigt also unter den Arbeitern schneller als unter den Kleinbürgern. Zugleich schrumpft die letztgenannte Gruppe, die ohnehin zu Beginn der 1980er Jahre schon stark dezimiert war, schneller als die Arbeiterschaft. Insofern ist es korrekt, von einer „Proletarisierung“ der Extremen Rechten zu sprechen.

Allerdings stößt dieser Prozess durch den quantitativen Niedergang der Arbeiterschaft an eine natürliche Grenze. Tatsächlich lag der Anteil der (beruflich aktiven) Arbeiter unter den Wählern der Extremen Rechten bereits zu Beginn der 1980er Jahre bei knapp unter 30%. Trotz der steigenden Bereitschaft der Arbeiter

⁹ Um die linearen Abhängigkeiten zwischen den unabhängigen Kontextvariablen zu reduzieren, wurden diese zentriert. Dementsprechend wird die Zeit in Monaten bis zur bzw. ab der Mitte des Untersuchungszeitraumes im März 1991 gemessen und nimmt für den Januar 1980 den Wert von -134, für den Dezember 2002 hingegen den Wert von 141 an.

für die Extreme Rechte zu stimmen, hat sich dieser Wert zu Beginn des neuen Jahrtausends etwa halbiert. Zudem ist der Effekt der Berufsgruppe auf die Wahl der traditionellen Linken keineswegs verschwunden (Evans 2001), obwohl seit nunmehr rund vier Jahrzehnten über Dealignment-Prozesse diskutiert wird (Manza et al. 1995). Im nächsten Abschnitt soll deshalb die Entscheidung der Arbeiter zwischen der traditionellen Linken und der Extremen Rechten direkt modelliert werden.

3.2 Links oder Extrem Rechts? Das Wahlverhalten der Arbeiter in Europa, 1980–2002/03

In ihrer Analyse der parteipolitischen Frontstellung zwischen sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien und der Extremen Rechten identifizieren Bale et al. (2010) drei mögliche Strategien, mit denen die Parteien der traditionellen Linken auf die neue Konkurrenz von rechts reagieren kann: Sie können ihre traditionell eher migranten- bzw. migrationsfreundliche Politik beibehalten (1), das Thema entschärfen, indem sie es weitgehend ignorieren und andere politische Fragen in den Vordergrund stellen (2), oder ihre Position nach rechts verschieben (3). Bale et al. (2010, S. 413 f.) zweifeln an der Wirksamkeit der zweiten Strategie und weisen zu Recht darauf hin, dass die dritte Option gegen den Widerstand der (mittleren) Parteieliten, die Werte wie Toleranz und internationale Solidarität internalisiert habe, kaum durchzusetzen ist. Eine quantitative Analyse der CMP-Daten zeigt jedoch, dass die Mitte-Links-Parteien in zahlreichen Ländern ihre ideologischen Positionen nach rechts verschoben haben (siehe Abb. 3).

Wie aber reagieren die Arbeiter auf dieses veränderte politische Umfeld? Um diese Frage zu beantworten, wird die Stichprobe zunächst auf Arbeiter beschränkt, die sich entweder für die Extreme Rechte (1) oder eine¹⁰ Mitte-Links-Partei (0) entschieden haben.¹¹ Die linke Spalte von Tab. 2 zeigt die Schätzungen für ein sehr einfaches Modell, das hier als Vergleichsbasis dienen kann. Aus diesen Schätzungen geht zunächst hervor, dass sich männliche Arbeiter deutlich häufiger als weibliche Arbeiter für die Extreme Rechte entscheiden.

Auch hier wurden wieder fixe Ländereffekte geschätzt, die aus Platzgründen nicht ausgewiesen werden. Diese sind ausnahmslos negativ, d. h. die Wahl einer Mitte-Links-Partei ist in der Arbeiterschaft insgesamt wahrscheinlicher als

¹⁰ Sofern in einem Land mehrere Parteien antreten, die der Extremen Rechten bzw. der linken Mitte zuzurechnen sind, werden die entsprechenden Wahlentscheidungen zusammengefasst.

¹¹ Andere Formen des Wahlverhaltens wie etwa die Nichtwahl oder die Abwanderung zu den Mitte-Rechts-Parteien bleiben unberücksichtigt, da im Mittelpunkt dieses Beitrages die Konkurrenz zwischen den Parteien der Extremen Rechten und der linken Mitte steht.

Bürgerinnen und Bürger im Wandel der Zeit
25 Jahre Wahl- und Einstellungsforschung in
Deutschland

Roßteutscher, S.; Faas, T.; Rosar, U. (Hrsg.)

2016, XV, 312 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-11275-2